

Die Grünen zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz



Forderungen für die neue Ratsperiode

- **Bürgerwindpark jetzt!** Während die GroKo im Bund die Energiewende gefährdet, muss JETZT lokal gehandelt werden. Wertschöpfung vor Ort durch Bürgerbeteiligung.
- **Begrenzung des Flächen- und Landschaftsverbrauchs.** Wenn die aktuellen Baugebiete (Weilerfeld, Flerzheim West, Wormersdorf) und Gewerbegebiete bald vollgelaufen sind, müssen zunächst Baulücken gefüllt werden, bevor auf der „grünen Wiese“ weitergebaut wird. Einwohnerwachstum ist kein Selbstzweck.
- **Umweltfreundliches Nutzungskonzept für den Stadtwald - Einrichtung einer Naturwaldzelle.** Der Nutzungsdruck im Wald nimmt zu: steigender Brennholzbedarf, Freizeitnutzung usw. Alle diese Interessen müssen ausgewogen berücksichtigt werden, aber die Natur darf dabei nicht zu kurz kommen. 200 ha in der Kernzone des bestehenden FFH-Gebiet sollten dauerhaft aus der Nutzung genommen werden, damit Schwarzspecht und Wildkatze gedeihen können.
- **Gewässerschutz - Stopp der Gülleimporte.** Gegen den fachgerechten Einsatz von Gülle vom eigenen Hof als Dünger ist nichts einzuwenden. Aber Ankauf von Gülle aus industrieller Massentierhaltung und Nutzung der Äcker und Wiesen als Deponie führen nicht nur zu Gestank sondern auch zur Überdüngung und zu biologischer Beeinträchtigung der Gewässer.
- **Kein Genmais in Rheinbach.** Die Freigabe einiger Sorten genmanipulierter Pflanzen durch die EU droht, ermöglicht durch die Enthaltung der Bundesregierung. In Rheinbach wollen wir diese Pflanzen nicht!
- **Rheinbach fahrradfreundlicher machen!** Mehr Verkehr vom Auto aufs Fahrrad - das ist auch praktischer Klimaschutz.



Bilanz der letzten Ratsperiode. Die Arbeit in den Ausschüssen schafft es nicht immer in die lokale Presse, vor allem, wenn es sich um Anträge einer kleinen Oppositionspartei handelt. Daher hier ein Rückblick.

- **Antrag zur Bekämpfung von Neophyten auf Rheinbacher Stadtgebiet (2011, Anfrage 2013)**

Eingeschleppte, nicht-heimische Pflanzen wie das indische Springkraut habe bereits weite Teile der Landschaft besetzt, aber bei einigen anderen, besonders aggressive Arten ist eine Bekämpfung noch möglich. Vor allem der kaukasische Riesenbärenklau und der japanische Staudenknöterich treten in Rheinbach vereinzelt auf und sollten gezielt bekämpft werden. *Der Antrag wurde angenommen und (teilweise) umgesetzt.*

- **Antrag zur Bekämpfung von Neozoen in den Weihern des Rheinbacher Stadtwaldes (2013)**

In vielen Rheinbachern Gewässern finden sich ausgesetzte Goldfische und Koi-Karpfen, die dort nichts zu suchen haben und heimische Fische verdrängen und den ökologischen Zustand der Gewässer verschlechtern. Sie sollten abgefishet werden. *Der Antrag wurde angenommen und soll umgesetzt werden.*

- **Antrag zur Einbeziehung von Schulklassen in die Pflege des Stadtwaldes (2010)**

Bis in die Neuzeit wurde der Wald intensiv genutzt, auch der Rheinbacher Stadtwald stellt in Teilen das Ergebnis solcher Nutzungen dar, neben der Hude (Vieheintrieb) und der Nutzung von Bau- und Brennholz vor allem der Gewinnung von Lohe (Gerbmittel) aus Eichenrinde, wodurch sich der hohe Eichenanteil erklärt. Dabei war der Wald ein Bürgerwald, der gemeinsam genutzt und gemeinsam gepflegt wurde. An diese Tradition soll die Möglichkeit für Schulklassen anknüpfen, im Wald Bäume zu pflanzen und somit eine Bindung aufzubauen („was man kennt, das schützt man“). *Der Antrag wurde angenommen, aber kaum umgesetzt.*

- **Antrag zur Windenergie (2011)**

Weist eine Kommune keine Konzentrationsfläche für die Nutzung der Windenergie aus, sind Windräder im ganzen Stadtgebiet zulässig, dies kann nicht gewünscht sein. Die von der Stadt Rheinbach ausgewiesene Fläche zwischen Rheinbach und Meckenheim ist aufgrund der vorgeschriebenen maximalen Nabenhöhe von 50m aber ein offenkundiger reiner „Verhinderungsplan“ und steht rechtlich auf tönernen Füßen. 2011 haben die Grünen daher eine Änderung des Planes gefordert, die eine Nutzung endlich möglich macht und gleichzeitig eine Beteiligung der Bürger vorsieht. *Der Antrag wurde von der Ratsmehrheit durch Verweisung in die Fraktionen verschleppt, und erst 2012 wurde mit der Neuaufstellung des Bebauungsplanes begonnen, weil man ansonsten rechtliche Probleme befürchtete. Das Verfahren läuft immer noch.*

- **Antrag zur effizienten Energienutzung in Gewerbegebieten (2010)**

Energiesparung ist einer der Königswege beim Klimaschutz. Gerade Gewerbebetriebe können dabei durch Zusammenarbeit einiges erreichen, z.B. kann die Abwärme des einen Betriebes von einem anderen genutzt werden. Auf die Förderung solcher Zusammenarbeit durch Stadt und Wirtschaftsförderungsgesellschaft zielte dieser Antrag. *Der Antrag wurde angenommen, jedoch nur zögerlich umgesetzt.*

- **Anträge zur umweltverträglichen Nutzung des Waldes für den „sanften Tourismus“ (2010, 2013)**

Der Rheinbacher Wald bietet ein großes Potential für „sanfte“ Freizeitgestaltung und Tourismus, der sich auch gegen die in Rheinbach im Vordergrund stehenden „krawalligen“ Events rund ums Auto. Dieses Potential liegt jedoch teilweise brach, da z.B. die Markierung von Wander- und Radwegen nur Stückwerk ist. Die Grünen haben hierzu zwei Anträge gestellt. *Die Anträge wurden abgelehnt.*

- **Antrag auf Verbot von Heizpilzen in Rheinbach (2011, Anfrage 2013)**

Auch um Symbolik geht es beim Verbot der „Heizpilze“ vor Rheinbacher Gastronomiebetriebe, jedoch nicht nur, erzeugt ein Heizpilz übers Jahr doch soviel CO₂ wie ein Auto. *Der Antrag wurde von CDU und FDP in einen Appell an die Gastronomie umgewandelt. Zwar halten sich einige Gastronomen dran, andere jedoch nicht. Eine entsprechende Anfrage der Grünen beantwortete die Verwaltung damit, dass es sich vor einem Lokal um elektrisch betriebene Geräte handele (!).*

- **Antrag auf die Erstellung und Umsetzung eines Radwegekonzeptes (2013)**

Eine Rheinbacher Bürgerin wurde im Generalanzeiger vor einigen Jahren mit der Aussage zitiert, Rheinbach sei die fahrradunfreundlichste Stadt in NRW - das muss sich ändern. Auch ohne große Investitionen sind deutliche Verbesserungen möglich, Konzepte liegen seit Jahren vor und müssen nur aktualisiert werden - und umgesetzt. *Der Antrag wurde abgelehnt, laut Verwaltung wird schon genug getan!*